

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besitzergreife bei illegaler Gewerbebetrieb ist nach neuerlichem Gesetz mit Haft maximal 1000 RM., durch Verletzung NW. 200 erhöht auf 7 RM. Gefangen. (Von Besitzergreifung abgesehen) ist bekanntlich höchstens 1000 RM. Strafe. Strafz. Nr. 10 auf, außerdem Sachen mit Waren-Mindest 10 RM.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichhardt, Dresden-M. I., Marienstraße 38/42. Telefon 25261. Postleitziffer 1008 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiebmasters beim Oberverwaltungsamt Dresden

Kapitänsmiete R. 1000 RM. R. 5: Wissenschaftliches Objekt 110 RM. Nachhilfe nach Stoff B. Sonderkosten nach Stellungnahme Wissenschaftsminister 10 RM. Büffertag 10 RM. — Radfahrer mit Gummireifen obdrückende Radreifen. Unterlaufende Schuhsohlen werden nicht aufgezehrt.

Niederlage des Rebellen Tschanghsüelang

Zwei Divisionen zur Regierung übergetreten

Nanking, 17. Dezember.

Das 34. Regiment, das der Rebellenführer Tschanghsüelang beordert hatte, den Vormarsch der Nankingtruppen, die auf dem Wege nach Sianfu sind, aufzuhalten, wurde bei Lungtuan, an der Mündung des Peho in den Gelben Fluss, nach heftigem Gefecht zurückgeschlagen. Aus dem nördlichen Teil der Provinz Kansu hat Tschanghsüelang die 110., 120. und 112. Division zur Unterstützung herbeigeschickt. Der Anführer der 105. und 106. Division, die vom Norden zu Hilfe kommen sollten, ist mit seinen Truppen auf die Seite der Regierungssoldaten übergetreten. Wie weiter bekannt wird, haben die Meuterer auf der Strecke Lungtuan—Sianfu die Bahngleise aufgerissen und zahlreiche Brücken vernichtet.

Der Meuterer verlangt freien Abzug

Nach den ersten Erfolgen der Regierungstruppen ist bereits eine gewisse Entspannung der Lage im Norden Ostens eingetreten. Die Nankingregierung wird Tschanghsüelang ein Ultimatum stellen, das nicht nur die Freilassung des Marschalls Tschanghsüelang, sondern auch die bedingungslose Übergabe binnen 48 Stunden verlangen würde.

Aus Sianfu verlautet, Tschanghsüelang habe sich bereit erklärt, für die Freilassung des Marschalls Tschanghsüelang zu sorgen, verlässt aber die Gewährung freien Abzugs; er wolle China für immer verlassen.

Mehrerer Tschanghsüelangs unternommen inzwischen, wie weiter berichtet wird, einen Einbruch in die Filiale der chinesischen Staatsbank in Sianfu, wo sie eine Menge Gold und Silber „beschafft“ haben.

Heiligens heißt es, Tschanghsüelang habe in Sianfu bereits die angekündigte „Vereinigung“ der chinesischen Kommunistischen Partei mit der Kuomintang vollzogen, um die Vereinfachung der marxistischen Volksfrontidee auch in China zu beginnen.

Die chinesische Zentralregierung hat das gesamte Eigentum des Marschalls Tschanghsüelang beschlagnahmt. Weiterhin hat die Regierung alle Provinzgouverneure und Truppenbefehlshaber angewiesen, ihre Truppen in Alarmbereitschaft zu setzen und den Fall eines Übergriffes des Tschanghsüelang-Putsches.

Frau Tschanghsüelang erhielt gestern eine Nachricht aus Sianfu, in der ihr Sohn ihr mitteilte, daß er und seine Freunde am Leben seien und daß sie die Wohnungen der Zentralregierung gegenüber dem Aufstand von Tschanghsüelang-Putsch. Der Brief wurde durch einen Soldaten der Leibwache Tschanghsüelangs überbracht, dem es gelungen war, aus Sianfu zu entfliehen.

Moskau schürt in Indien

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

London, 17. Dezember.

Wie aus Bombay berichtet wird, hat die Polizei dort und in Calcutta zahlreiche Personen unter dem Verdacht, kommunistische Propaganda getrieben zu haben, festgenommen. Die Polizei hat festgestellt, daß mehrere in der letzten Zeit gegründete Esperantovereine in Wirklichkeit als Deckmantel für die kommunistische Bewegung benutzt worden seien. Außerdem habe Moskau geschürt, um Zusammenstöße zwischen Hindus und Moslems anzuregen. Die indischen Behörden wollen auch gegen die von Moskau betriebene Rundfunkpropaganda vorgehen. — Dessen ungeachtet halten die amtlichen Stellen in London daran fest, daß Sowjetrussland zu den friedlichsten und harmlossten Staaten der Welt gehört.

Millionen-Unterschlagungen in Japan

Verhaftung im Teichhaus

Tokio, 17. Dezember.

Erzböllätter verlunden die Aufdeckung eines großen Unterschlagungs- und Betrugskandals in der Provinz Saitama, in dessen Mittelpunkt der Seiter der Rechnungsabteilung des Oberpräsidiums von Saitama, in Urawa, nördlich von Tokio, steht. Der ungetreue Beamte hat es verstanden, durch realistische Fälschungen im Verlaufe der letzten sieben Jahre über eine Million Yen zu veruntreuen. Das Geld gab er in Teichhäusern aus und verlor es zum Teil durch magistrale Spekulationen an der Börse. Seine Verhaftung erfolgte in dem Augenblick, als er sich in lebensgefährlicher Gefahrheit in einem Teichhaus befand. Als Mittäter wurde der Bürgermeister von Koshigaya, ebenfalls in der Provinz Saitama, verhaftet, dem weiter zur Last gelegt wird, daß er häufige Bankräubte in Höhe von 120 000 Yen für ihn verbraucht haben soll.

Wilde Kommunistenverbündung in Frankreich

Chauvelier zerstört, Raffetard gefangen

Paris, 17. Dezember.

In Clermont-Ferrand ist es am Mittwochabend zu heftigen politischen Zusammenstößen gekommen. Der Vorsitzende der französischen Volkspartei, Doriot, einer der führenden Männer des Kommunismus in Frankreich, hat seine Mu-

hänger in ein geschlossenes Votum zu einer Sitzung versammelt. Unterdessen begannen in den Straßen immer zahlreicher werdende kommunistische Horden „Kundgebungen“ zu veranstalten, die mit der Verzähmung von Chauvelier und der Verwaltung eines Kaffeehauses endeten.

Unter der Polizei und unter den Kommunisten gab es zahlreiche Verletzte. Viele schwerverletzte Angehörige der Mobilen Garde muhten ins Krankenhaus gebracht werden.

Schlappe der internationalen Brigade

Die Nationalen stürmen wichtige Höhe bei Madrid - Die Toten des Gegners nur Einländer

Salamanca, 17. Dezember.

Den nationalen spanischen Truppen ist es gelungen, die strategisch wichtigen Höhen von Boalia bei Monte bei Madrid zu erobern. Sie wurden von der internationalen Brigade verteidigt. Hierbei wurden drei Maschinengewehre, fünf Maschinenviereck, drei Panzerwagen, zwei Ambulanzwagen und mehrere Kleinstabteilungen erobert. Unter den 82 Toten der Roten befinden sich fast ausschließlich sowjetrussische und französische Soldaten.

Bei Cerro del Aguila, an der Andalusienschlacht, erlitten die spanischen Kommunisten ebenfalls eine empfindliche Niederlage. Die nationalen Truppen eroberten hier über 20 000 Schuß Munition, eine Kanone und ein Maschinengewehr. Die Verluste der Roten bestellten sich auf 40 Tote und zahlreiche Gefangene.

General Queipo de Llano erklärte im Rundfunk, daß die Lage in Barcelona und Valencia täglich hoffnungsloser werde. In Barcelona sei es bereits zu Strohköpfen gekommen, die eine große Zahl von Toten und Verwundeten zur Folge hatten.

Bisher 120 rote Flugzeuge abgeschossen

Nach einer Aufforderung des nationalen Truppenkommandos sind seit Beginn der Feindseligkeiten in Spanien etwa 120 Flugzeuge der Roten abgeschossen worden. Darunter befinden sich allein 60 französische Flugzeuge verschiedener Marken und 17 englische Flugzeuge. Die übrigen Maschinen sind sowjetrussischen Ursprungs.

Flieger der nationalen Luftwaffe haben erneut über Madrid Flugblätter abgeworfen, in denen sie die Verbesserung aufforderten, den Widerstand aufzugeben und dadurch dem spanischen Bürgertum ein Ende zu machen. Die rote Flora hat sofort ihre lähmenden Kräfte eingesetzt, um diese Flugblätter zu vernichten, und angeordnet, alle Personen, die sie bei der Verteilung oder im Besitz solcher Flugblätter antreffen, standrechtlich zu erschießen.

Meuterei auf rotem Kriegsschiff

Auf dem roten Kreuzer „Tatame II“ im Hafen von Cartagena ist eine Meuterei ausgebrochen. Der Kapitän des Kreuzers, der Sowjetkreuzer „Tatjata“, wurde von den meuternden Matrosen erschossen. Nach einer Auseinandersetzung, bei der Kreuzer in die Luft gesprengt wurde, ergaben sich die Meuterer den roten „Behörden“.

Die Madrider Bevölkerung ist empört über das Vorgehen der Bolschewisten, die in den letzten Tagen riesige Mengen von Waffen und Munition in die vorläufig noch heldenhafte Gefestheit in einem Teichhaus befanden. Als Mittäter wurde der Bürgermeister von Koshigaya, ebenfalls in der Provinz Saitama, verhaftet, dem weiter zur Last gelegt wird, daß er häufige Bankräubte in Höhe von 120 000 Yen für ihn verbraucht haben soll.

1000 Rubel für die roten Freiwilligen

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Madrid, 17. Dezember.

Bei gefangenen Sowjetrussen haben die nationalen spanischen Truppen sowjetrussische Wörter, welche gefunden. Diese Wörter sind in Sowjetrussland hergestellt worden und sollen dem Zweck dienen, eine Verschärfung zwischen den nach Spanien entstandenen Sowjettruppen und der spanischen Bevölkerung zu ermöglichen. Sowjetrussische Gefangene haben jetzt auch erneut benötigt, daß Offiziere und Soldaten, die bis freiwillig nach Spanien

Gummiverk in Hannover in Flammen

Hannover, 17. Dezember.

In einem Lagerhuppen für Altkunst eines großen Gummiwerks in Hannover entstand Feuer, das bald großen Umfang annahm. In einem Lagerhuppen befinden sich Benzinfässer und Sauerstoffflaschen, die aber zum Glück geborgen werden konnten. Die Feuerwehr rückte mit Sonderlösungsapparaten an die Brandstelle, wo bei ihrem Eintreffen eine Fläche von etwa 1500 Quadratmeter in Flammen stand. Neben der Feuerwehrspolizei beteiligten sich SA und Arbeitsdienst an den Rettungsarbeiten. In den Morgengrunden war die Löscharbeit noch nicht beendet.

Schwere Unglücksfälle in Ägypten

Zahlreiche Tote

Kairo, 17. Dezember.

Zwei Katastrophen, denen zahlreiche Menschenleben zum Opfer fielen, ereigneten sich am Mittwoch in Ägypten. Bei Abu Kerlas in Oberägypten kenterte auf dem Nil ein mit 200 Männern, Frauen und Kindern besetztes Segelboot und sank; hierbei ertranken 20 Personen.

Der Schauspiel des anderen Unglücksfalls war Kairo-Showboat, wo eine gewaltige Feuerwerksshow etwa 200 Häuser einstürzte. Auch bei dieser Gelegenheit verloren zahlreiche Einwohner ihr Leben.

Schlappe der internationalen Brigade

Die Nationalen stürmen wichtige Höhe bei Madrid - Die Toten des Gegners nur Einländer

Salamanca, 17. Dezember.

meldeten, von der Sowjetunion eine einmalige Unterstützung zwischen 200 und 1000 Rubel erhalten haben und das ihnen für ihre Angehörigen im Falle ihres Todes in der Roten Armee eine Pension in doppelter Höhe zugesichert worden ist. Die Aussöhnung der Venison an die Familien der gefallenen Sowjetrussen soll durch eine besondere der GPU unterstehende Vertrauensstelle erfolgen.

Der ehemalige österreichische „Kriegsminister“, der jüdische Marxist Deutscher, der sich in Madrid befand und seine Dienste als Kochmann für Artilleriestaffeln zur Verfügung stellte, verläßt jetzt auf Verlangen des Sowjetrusses Madrid wieder und kehrt noch in Prag zurück. Die Sowjetrussen haben erklärt, daß sie ihn nicht brauchen können.

Kataloniens Rote Friedensmäuse?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Dezember.

Englische Zeitungen geben Meldungen wieder, wonach die Unstimmigkeiten im Lager der spanischen Bolschewisten so groß sind, daß Kataloniens mit General Franco über einen Sonderfrieden verhandeln wollen. An General Franco soll der Wunsch gerichtet werden, die Unabhängigkeit Kataloniens zu garantieren und bei Eingehen auf die Wünsche der Katalanen bereit, sofort alle Feindseligkeiten gegenüber den nationalen Truppen einzustellen und auch ihre Truppenkontingente, die sie zur Unterstützung der Roten nach Madrid sandten, von dort zurückzuziehen.

Der „Daily Telegraph“ bemerkte zu diesen Berichten, daß sie schon deshalb mit großer Vorsicht aufgenommen werden müssen, weil Franco kaum geneigt sein werde, sich auf solche Wünsche einzulassen. Allerdings scheint es so, als ob es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Sowjetrussen und den katalanischen Separatisten kommen werde. Eine solche Auseinandersetzung würde ein neues schweres Blutvergießen bedeuten müssen. In Kataloniens steht soll nach weiteren Mitteilungen des „Daily Telegraph“ bereits das vollkommenen Chaos herrschen, dessen sich die aus Sowjetrussland gekommenen Führer des spanischen Bolschewismus vergleichbar zu erleben versuchen. Das bolschewistische Organ von Madrid „Mundo Obrero“ hat einen Aufruhr veröffentlicht, der großes Aufsehen erregt, da in ihm erklärt wird, daß die Gefahr eines Krieges von Madrid im Laufe der letzten Zeit immer größer geworden ist. Der Fall der Stadt, so heißt es in dem bolschewistischen Organ, könne sogar unmittelbar bevorstehen. Mit diesen Angaben bezweckt das kommunistische Organ allem Anchein nach auch, daß die bolschewistischen Führer über ihren internen Streitigkeiten und Zwistigkeiten nicht den Kampf gegen Franco vergessen sollen. Wenn es sich aber schon zu solchen Augenblicken entschließen sollte, so muß es um die Lage der Bolschewisten in Madrid doch sehr schlecht bestellt sein.

Der „Daily Telegraph“ bemerkte zu diesen Berichten, daß sie schon deshalb mit großer Vorsicht aufgenommen werden müssen, weil Franco kaum geneigt sein werde, sich auf solche Wünsche einzulassen. Allerdings scheint es so, als ob es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Sowjetrussen und den katalanischen Separatisten kommen werde. Eine solche Auseinandersetzung würde ein neues schweres Blutvergießen bedeuten müssen. In Kataloniens steht soll nach weiteren Mitteilungen des „Daily Telegraph“ bereits das vollkommenen Chaos herrschen, dessen sich die aus Sowjetrussland gekommenen Führer des spanischen Bolschewismus vergleichbar zu erleben versuchen. Das bolschewistische Organ von Madrid „Mundo Obrero“ hat einen Aufruhr veröffentlicht, der großes Aufsehen erregt, da in ihm erklärt wird, daß die Gefahr eines Krieges von Madrid im Laufe der letzten Zeit immer größer geworden ist. Der Fall der Stadt, so heißt es in dem bolschewistischen Organ, könne sogar unmittelbar bevorstehen. Mit diesen Angaben bezweckt das kommunistische Organ allem Anchein nach auch, daß die bolschewistischen Führer über ihren internen Streitigkeiten und Zwistigkeiten nicht den Kampf gegen Franco vergessen sollen. Wenn es sich aber schon zu solchen Augenblicken entschließen sollte, so muß es um die Lage der Bolschewisten in Madrid doch sehr schlecht bestellt sein.

Panamerikanische Friedensförderung

Buenos Aires, 17. Dezember.

Die panamerikanische Friedenskonferenz beschloß zur Förderung des Friedens an alle amerikanischen Staaten, die noch nicht den bisher bestehenden Friedensvertrag vertreten beigetreten sind, die Aufforderung zu richten, dies nachzuholen. In der Vollzügung wurde ferner beschlossen, dem Sekretariat der panamerikanischen Union die Anträge, die sich mit der Errichtung eines allamerikanischen Gerichtshofes befassten, mit besonderer Empfehlung zugutezuhalten.